

Stenografischer Bericht

– öffentlich –

54. Sitzung – Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

6. September 2023, 10:00 bis 11:45 Uhr

Anwesend:

Vorsitz: Petra Müller-Klepper (CDU)

CDU

J. Michael Müller (Lahn-Dill)
Sebastian Müller (Fulda)
Jan-Wilhelm Pohlmann
Michael Ruhl

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frank Diefenbach
Martina Feldmayer
Vanessa Gronemann
Hans-Jürgen Müller (Witzenhausen)

SPD

Gernot Grumbach
Kerstin Geis
Knut John
Florian Schneider

AfD

Klaus Gagel

Freie Demokraten

Dr. Matthias Büger

DIE LINKE

Heidemarie Scheuch-Paschkewitz



Fraktionsassistentinnen und -assistenten:

CDU: Marco Gaug
 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sina Genzer
 SPD: Gerfried Zluga
 AfD: Thomas Biemer
 Freie Demokraten: Tobias Schmidt

Landesregierung, Rechnungshof, etc.:

| Name (bitte in Druckbuchstaben) | Amtsbezeichnung | Ministerium, Behörde |
|---------------------------------|--------------------------------|----------------------|
| BRUSSEL de LASKAY, MIRSCHA | RL, VIII 3 | HMUKLV |
| Zerback, Esther | REF, VIII 3 | HMUKLV |
| LABONTÉ, RENATE | Stabsstelle LandheldenRäume | HMUKLV |
| Enders, Annette | <u>VI</u> | HMUKLV |
| Uaison, Anne | RL / VIII 3 | HMUKLV |
| Küthe, Martin | RL, <u>VI</u> | HMUKLV |
| PETERS, SASKIA | RL <u>III</u> , Abt IV | HMUKLV |
| Lackner, Tobias | RP DA ^{DL} V54 | RP Darmstadt |
| Pöthker, Bruno | MDA ^{RLV} V54 | RP Darmstadt |
| Wilke, Carsten | HMUKLV ↔ Min Dir.g. | |
| Balk, Jörg | Dir HRH | HRH |
| Hinz | Ministerin | HMUKLV |
| Schoeppe | RL | HMUKLV |

Protokollführung: Karl-Heinz Thaumüller



Inhaltsverzeichnis:

- | | | |
|---|---------------------------------|-------|
| | – zur abschließenden Beratung – | S. 5 |
| 1. Große Anfrage | | |
| Knut John (SPD), Gernot Grumbach (SPD), Heinz Lotz (SPD), Florian Schneider (SPD), Fraktion der SPD | | |
| Entwicklung der hessischen Landwirtschaft | | |
| – Drucks. 20/10583 zu Drucks. 20/9205 – | | |
| | – zur abschließenden Beratung – | S. 14 |
| 2. Antrag | | |
| Knut John (SPD), Gernot Grumbach (SPD), Heinz Lotz (SPD), Florian Schneider (SPD), Fraktion der SPD | | |
| Extremwetterereignisse dürfen nicht zur existenziellen Bedro- hung für die hessische Landwirtschaft werden | | |
| – Drucks. 20/10643 | | |
| | – zur abschließenden Beratung – | S. 17 |
| 3. Antrag | | |
| Fraktion DIE LINKE | | |
| Primatenhirnforschung in Hessen beenden | | |
| – Drucks. 20/11354 – | | |
| | – zur abschließenden Beratung – | S. 22 |
| 4. Entschließungsantrag | | |
| Fraktion der SPD | | |
| Ablehnung der Einstufung von Investitionen in Atomkraft als klimafreundlich | | |
| – Drucks. 20/7364 – | | |
| | | |
| 5. Berichts Antrag | | S. 24 |
| Knut John (SPD), Gernot Grumbach (SPD), Heinz Lotz (SPD), Florian Schneider (SPD) und Fraktion | | |
| Bilanz des Aktionsplans für den ländlichen Raum „Starkes Land – gutes Leben“ | | |
| – Drucks. 20/9425 – | | |



6. **Berichtsantrag** **S. 27**
Knut John (SPD), Gernot Grumbach (SPD), Florian Schneider (SPD), Kerstin Geis (SPD) und Fraktion
Sägewerke in Hessen
– Drucks. [20/11156](#) –
7. **Berichtsantrag** **S. 30**
Kerstin Geis (SPD), Gernot Grumbach (SPD), Knut John (SPD), Florian Schneider (SPD) und Fraktion
Mehr Nachhaltigkeit in der Gemeinschaftsverpflegung in hessischen Schulen
– Drucks. [20/11157](#) –

Die Ausschussmitglieder kommen überein, alle Punkte der Tagesordnung in öffentlicher Sitzung zu behandeln.

1. **– zur weiteren Beratung –**

Große Anfrage

Knut John (SPD), Gernot Grumbach (SPD), Heinz Lotz (SPD),

Florian Schneider (SPD), Fraktion der SPD

Entwicklung der hessischen Landwirtschaft

– Drucks. [20/10583](#) zu Drucks. [20/9205](#) –

Abg. **Knut John:** Recht herzlichen Dank für die umfassende Auskunft, die die Landesregierung gegeben hat. Daraus wird sehr deutlich, dass wir einen dramatischen Rückgang in der Landwirtschaft verzeichnen müssen. Wenn man sich einmal anschaut, wie alt die „amtierenden“ Landwirte sind – über 50 % von ihnen sind über 55 Jahre alt –, dann weiß man, dass an der Stelle noch einiges Negative zu erwarten ist.

Sehr deutlich wird, dass die großen Betriebe die kleinen Betriebe „fressen“, dass der Umfang der Viehhaltung dramatisch abnimmt – Ausnahme: die Haltung von Geflügel – und dass der Anteil der Vollerwerbsbetriebe deutlich gesunken ist: von 4.930 im Jahre 2016 auf 4.241 im Jahr 2020. Spricht man mit den Verbänden, dann hört man, sie rechnen mit weiteren dramatischen Abwärtstendenzen.

In der Antwort auf Frage 5 schreiben Sie, dass Sie zur Verhinderung weiterer Betriebsaufgaben ein „umfassendes Maßnahmenpaket“ geschnürt haben. Glauben Sie, dass Sie die Betriebsaufgaben, das Höfesterben damit aufhalten, oder müssen weitere Maßnahmen folgen, um dem dramatischen Abwärtstrend Einhalt zu gebieten?

Ministerin **Priska Hinz:** Die Zahlen zeigen, dass es in Hessen – genau wie im gesamten Bundesgebiet – einen Rückgang an landwirtschaftlichen Betrieben gibt. Wir liegen, was diesen Rückgang angeht, in Hessen im Durchschnitt. Es ist tatsächlich so, dass die Zahl der Betriebe mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche von über 100 ha – soweit ich das im Kopf habe, die Zahlen habe ich im Augenblick nicht zur Hand – zugenommen hat. Man muss aber sehen, dass 89 % der Betriebe nach wie vor Einzelunternehmen und damit im Wesentlichen Familienbetriebe sind. Wir haben also immer noch eine familiär geprägte Landwirtschaft, was ich als durchaus positiv einschätze.

Zwei Drittel der Familienbetriebe werden – das ist in Hessen etwas Besonderes – im Nebenerwerb geführt. Das stellt natürlich gerade diese Betriebe vor besondere Herausforderungen, je nachdem, ob es jemanden in der Familie gibt, der bereit ist, den Betrieb im Nebenerwerb zu übernehmen, sodass er weitergeführt wird. Möglicherweise wollen die Kinder ja nicht in die

Landwirtschaft einsteigen. In der Regel ist es so, dass die Betriebe nicht von anderen übernommen werden, die in der Nähe wohnen, daher nicht als Nebenerwerbsbetrieb weitergeführt werden, sondern dass die Flächen an andere Betriebe verpachtet werden, die sich in der Umgebung befinden. Es ist, grundsätzlich gesehen, okay, wenn die Flächen weiterhin landwirtschaftlich genutzt werden und nicht brachliegen. Insofern ist das Bild aber nicht ganz einheitlich. Man kann, alles in allem, sagen, dass wir in Hessen, was die Betriebsform angeht, immer noch zu fast 90 % Familienbetriebe haben und zwei Drittel davon Nebenerwerbsbetriebe sind.

Richtig ist, das ist aus meiner Sicht deutlich zu sagen, dass wir sehr stark in den Nachwuchs investieren. Wir haben viel Nachwuchs; das besagen auch die Zahlen. Die Ausbildungsgänge an den Fachschulen sind voll, alle Plätze sind besetzt. Es ist nicht so, dass es da einen Mangel an Nachwuchs gibt. Auch die einschlägigen Studiengänge sind voll belegt. Woran es manchmal ein bisschen hakt – daran ist im Verbund mit den Betrieben und insbesondere mit den landwirtschaftlichen Verbänden weiterzuarbeiten –, ist, dass die jungen Leute, die nicht aus landwirtschaftlichen Betrieben kommen, aber das Fach Landwirtschaft studieren oder eine entsprechende Ausbildung machen, auch wirklich eine Betriebsnachfolge antreten können. Es macht nämlich keinen Sinn, wenn junge Menschen das Fach Agrarwissenschaften studieren und hinterher keinen Betrieb finden, den sie übernehmen können, weil es Friktionen gibt – ob das überhaupt möglich ist, ob das mit der Vorgängerfamilie emotional zusammenpasst. Da müssen wir in den nächsten Jahren zu einer gescheiterten Form des Zusammenfindens kommen.

Wir haben für Hessen entschieden, dass wir auch weiterhin Existenzgründungen unterstützen. Wir haben für junge Landwirte die Junglandwirteprämie. Wir setzen sehr stark auf das Thema Wertschöpfungsketten, weil die landwirtschaftlichen Betriebe bei uns in Hessen, die Bäuerinnen und Bauern, die hier arbeiten und Lebensmittel produzieren, wissen müssen, wo die Erzeugnisse verarbeitet und vermarktet werden können. Am Aufbau dieser Wertschöpfungsketten arbeiten wir, z. B. mit unserem Marktstrukturförderprogramm. Die MGH „Gutes aus Hessen“ hat entsprechende Plattformen gegründet, um für Verbindungen zwischen landwirtschaftlichen Betrieben, verarbeitenden Betrieben und dem Handel zu werben. Gerade in den hessischen Ökomodell-Regionen ist das Thema, wie die landwirtschaftlichen Erzeugnisse so in die Wertschöpfungsketten eingehen können, dass die Bäuerinnen und Bauern von dem, was sie erzeugen, leben können, sehr stark präsent.

Darüber hinaus haben wir eine Reihe von Programmen, die auch im HALM 2 verankert sind. Wir haben das Netzwerk „Nachhaltige Bauernhöfe“, in dem sich inzwischen schon über 100 landwirtschaftliche Betriebe unterschiedlichster Art zusammengefunden haben: Ökobetriebe, konventionell arbeitende Betriebe, Tiere haltende Betriebe, Betriebe, die „nur“ Ackerbau betreiben, und auch Weinbaubetriebe. Diese Betriebe vernetzen sich untereinander und lernen voneinander, gerade im Hinblick auf eine zukunftsfähige Landwirtschaft: weniger Einsatz von Pestiziden, klima- und bodenschonende Bearbeitung, Diversifizierung des Ackerbaus, vielfältige Ackerkulturen. Die Zukunft liegt auch darin, dass die Landwirte über den Landesbetrieb Landwirtschaft Hessen Unterstützung durch Beratung sowie durch unsere Förderprogramme bekommen, damit sie für die Zukunft gewappnet sind und die vor ihnen stehenden Herausforderungen bestehen können.

Wir haben in der Schweine- und Rinderhaltung einen starken Rückgang der Zahl der Betriebe, zumindest was die konventionell arbeitenden Betriebe angeht. Das gilt aber nicht für die Ökobetriebe. Da nimmt der Umfang der Tierhaltung erstaunlicherweise zu. Ich hoffe sehr, dass mit den neuen Tierhaltungskennzeichen und der Finanzierung durch den Bund mehr Planungssicherheit einkehrt, damit die Tiere haltenden Betriebe auch weiterhin eine Zukunft sehen und die Herausforderungen, denen sie gegenüberstehen, bewältigen können.

Abg. **Hans-Jürgen Müller (Witzenhausen)**: Auch von meiner Seite vielen Dank für die umfangreichen Informationen, die vom Ministerium gegeben wurden.

Ich möchte zwei Hinweise geben. In der Beantwortung der Frage 12 findet sich der Satz: „In der Agrarstatistik werden Aktivitäten im Rahmen des landwirtschaftlichen Betriebes erfasst, für die kein eigener Gewerbebetrieb gegründet wurde (Einkommenskombinationen).“ Das ist mir schon früher aufgefallen, da ich direkt vermarktender Landwirt war – ich habe mich zumindest als solcher bezeichnet. In der Statistik ist mein früherer Betrieb aber nicht als direkt vermarktender Betrieb aufgetaucht, obwohl er eigentlich ein typischer Direktvermarkter ist. Wenn die Direktvermarktung einen bestimmten Umfang erreicht oder bestimmte Produkte umfasst, dann gründet man zweckmäßigerweise einen Gewerbebetrieb, der parallel zu dem landwirtschaftlichen Betrieb läuft, damit nicht der gesamte Betrieb als Gewerbebetrieb eingestuft wird. Diese Einteilung führt dazu, dass Betriebe, die eigentlich intensive Direktvermarkter sind, in dieser Statistik nicht auftauchen. Es gibt also mehr solcher Betriebe, als die Statistik ausweist.

Zur Antwort auf Frage 20 will ich den Hinweis geben, gerade weil in der Frage auf die Dürre und die Feldfrüchte abgehoben wird, dass gerade die Ökobetriebe mit der vielfältigen Fruchtfolge in ihrer Betriebsplanung etwas sehr Kluges machen: Sie mischen im Anbau Winterrungen und Sommerrungen, verschiedene Früchte – das sagt ja schon der Name –, und mindern dadurch tatsächlich das Risiko, das für ihren Betrieb durch Dürren und andere extreme Wetterereignisse entsteht. Ich finde es sehr gut, dass die Ökobetriebe das machen.

Abg. **Knut John**: Frau Ministerin, erst einmal vielen Dank für Ihre Ausführungen. Ich bin da völlig bei Ihnen. Ich glaube aber, dass wir da einer Entwicklung entgegensehen müssen, die wir noch gar nicht so richtig auf dem Schirm haben. Ich denke, dass wir die Ernährungsfrage ganzheitlicher betrachten müssen. Das haben auch Sie schon angeschnitten, gar keine Frage. Wenn wir aber auf Regionalität setzen, dann müssen wir natürlich auch auf die Verarbeitung setzen. Ich nenne einmal zwei entscheidende Bereiche: das Bäckerhandwerk und das Metzgerhandwerk. Beide Handwerke haben deutlich Federn gelassen und werden im Grunde genommen momentan dem nicht gerecht, was wir alle vorhaben, nämlich die Regionalität zu fördern.

Ich denke, dass wir hier ein umfassendes Maßnahmenpaket schnüren müssen, damit diese Berufe wiederentdeckt werden. Das kommt mir bei der Landesregierung ein wenig zu kurz. Es ist in der Tat eine Gemeinschaftsaufgabe. Hessen ist dabei natürlich nicht allein; da haben Sie

völlig recht, in den anderen Ländern ist es ähnlich. Da sehe ich eigentlich noch keine ganzheitliche Betrachtungsweise. Müssten wir da nicht Gas geben, dass wir in die Strümpfe kommen, dass da etwas passiert?

Ministerin **Priska Hinz**: Wir im HMUKLV tun an der Stelle alles, was wir tun können. Wir unterstützen die Schlachthöfe, damit sie modernisiert werden können, damit sie weiterhin existieren können. Wir können aber niemanden dazu zwingen, einen Schlachthof zu eröffnen, oder dazu zwingen, einen Schlachthof zu schließen. Wir nutzen alle Möglichkeiten – und das tun wir mit jeder Menge Geld, mit jeder Menge Beratung –, solche Einrichtungen zu erhalten. Wir schaffen es durch Beratung und unser Förderprogramm, dass Metzgereien modernisiert werden, auf den besten Stand kommen, dass auch dort, jedenfalls in kleineren Größenordnungen, geschlachtet werden kann, dass diese Metzgereien moderne Betriebe sind, dass sie um Auszubildende, die das Metzgerhandwerk erlernen wollen, werben können. Aber um Azubis werben, das müssen die Metzgereien schon selber. Das kann die Landwirtschaftsabteilung im Ministerium nicht leisten.

Das, was wir machen können, ist, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass allen die Möglichkeit eröffnet ist, in zukunftsweisenden Berufen zu arbeiten, für das Handwerk zu werben, für den Beruf zu werben und eine gute Ausbildung zu machen. Das tut die Landesregierung, indem sie z. B. die Berufsschulen neu aufgestellt hat, sodass die Berufsschul Ausbildung noch besser geworden ist. Das, was wir tun können, tun wir.

Es ist aber auch so, dass die demografische Entwicklung im Moment alle möglichen Berufe und Berufszweige „erwischt“, sodass es überall an Nachwuchs fehlt. Da haben wir ein Problem. Da muss sich die Branche – wir sind mit allen diesen Branchen in Gesprächen – überlegen, wie sie sich so attraktiv darstellt, dass sie bei jungen Leuten ankommt. Das ist also eine Sache, bei der die Branchen für sich selber werben müssen. Die Rahmenbedingungen, die wir gestalten können, gestalten wir positiv. Das müssten Sie in den letzten Jahren eigentlich erlebt haben bei den vielen Anfragen, die Sie gestellt haben. Da haben wir Ihnen das immer wieder verdeutlicht.

Abg. **Knut John**: Ich will das nicht in Abrede stellen, Frau Ministerin. Ich will es einmal anders darstellen: In meiner Heimatstadt Eschwege, 20.000 Einwohner: ein Metzger, zwei Bäcker. Der eine Bäcker schließt seinen Betrieb in zwei Jahren, weil er dann in Rente geht und keinen Nachfolger hat. In Witzenhausen, wo Hans-Jürgen Müller herkommt, gibt es gar keinen Metzger mehr. Es gibt, glaube ich, noch einen Bäcker. Das zeigt doch ein Stück weit, dass wir da nicht unbedingt auf das Handwerk setzen können. Es gibt die Branche im Grunde genommen ja fast nicht mehr; sie ist vom Aussterben bedroht. Es gibt bei uns im Werra-Meißner-Kreis meines Wissens auch keine Metzgerklassen an den Berufsschulen mehr; die Interessenten müssen nach Kassel gehen.

All das zeigt doch, dass wir da ein Riesenproblem haben. Das ist kein Vorwurf an Sie, denn das ist im Grunde genommen eine Gemeinschaftsaufgabe. Ich habe keine Lösung, aber erlaube mir den Hinweis: Wenn man von den Landwirtinnen und Landwirten gute Produkte haben will, dann muss man auch eine gute Verarbeitung sicherstellen. Das ist nicht mehr überall der Fall. Wir müssen gemeinsam daran arbeiten, eine Lösung zu finden. Wir brauchen eine gute Idee, und ich werbe dafür, diese Idee gemeinsam zu finden.

Abg. **Klaus Gagel**: Ich hätte eine Frage zu der Antwort auf Frage 5 betreffend die Betriebsaufgaben. Führt die Landesregierung diese Tendenz nicht zum Teil auch darauf zurück, dass sich die Landwirte über das Zuviel an Bürokratie ärgern? Ich beziehe mich da auf einen Artikel in „agrarheute“. Dieser Artikel ist im Februar erschienen. Laut diesem Artikel wurden die Landwirte gefragt, was sie als den schlimmsten Punkt empfinden, worüber sie sich am meisten ärgern. Auf Platz 1: über fachlich unselbige Regeln. Das sagten 45 % der Befragten. Auf Platz 2 wurden „umfangreiche Dokumentationspflichten“ genannt; 28 % der Befragten. Auf Platz 3: die Angst, „etwas falsch zu machen“; 15 %. Platz 4: „unverständliche Formulare“; 5 %. „Zeitaufwendige Kontrollen“ und „schlechte Angebote zur digitalen Datenerfassung“ sind die nächsten Punkte. Es ist im Grunde genommen ein offenes Geheimnis, dass die Bürokratie in der Landwirtschaft in den letzten Jahren dramatisch zugenommen hat und viele Landwirte, die Kleinbetriebe haben, Betriebe im Familienbesitz, sagen: Wir machen lieber den Laden dicht, bevor wir uns diese Bürokratie aufbürden. – Ist diese Erkenntnis auch beim Ministerium angekommen, oder würden Sie das verneinen?

Ministerin **Priska Hinz**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter, die Erkenntnis habe ich seit inzwischen neun Jahren und acht Monaten, dass der Umfang der Bürokratie im Bereich der Landwirtschaft enorm hoch ist. Seit dieser Zeit sind wir in Gesprächen mit dem Bund, über den Bund mit der EU, damit die Bürokratie abgebaut wird. Bislang hat jeder EU-Kommissar, der ins Amt kam, freudig verkündet, dass der Umfang der Bürokratie sinken wird, aber in der Regel war eher das Gegenteil der Fall.

Der Umfang der Bürokratie ist enorm. Ich glaube, dass man die Verfahren vereinfachen könnte. Dazu braucht man aber eine gemeinsame Agrarpolitik, die andere Vorgaben macht, die mehr Spielraum gibt, um diese geänderten Vorgaben bis auf die Länderebene hinab umzusetzen. Das gestaltet sich schon deshalb schwierig, weil die europäischen Staaten unterschiedliche Strukturen haben, auf unterschiedlichem Niveau produzieren. Das führt in der Praxis der EU zu fein verästelten Vorgaben, damit die unterschiedlichen Regionen Europas zu ihrem Recht kommen und die Landwirtschaft, die ja vergemeinschaftet ist, tatsächlich überall gefördert werden kann. Das ist in der Tat ein Problem. Wir werden von Hessen und vom Bund aus weiterhin am Bürokratieabbau arbeiten. Für alle Ministerinnen und Minister, die ich auf der Bundesebene kennengelernt habe, kann ich jedenfalls sagen, dass wir an einem Strang ziehen, um den Umfang der Bürokratie zu senken.

Nichtsdestotrotz ist die Motivationslage derer, die das Fach Landwirtschaft studieren, die in die Landwirtschaft gehen, immer noch so hoch, dass sie sagen: Es ist zwar enorm viel, was wir da machen müssen, aber die Liebe zur Landwirtschaft überwiegt immer noch. – Ich hoffe, dass das so bleibt.

Wir haben über unser Digitalisierungsprogramm und über die Möglichkeit der digitalen Antragstellung schon vieles erleichtert. Den Landwirtinnen und Landwirten wurde eine entsprechende Beratung angeboten. In den letzten Jahren hat sich die Zahl der Anfragen auch deshalb reduziert, weil die Bäuerinnen und Bauern inzwischen selber viel besser mit Online-Antragstellungen auf den unterschiedlichen Portalen umgehen können. Es wird immer dann schwierig, wenn ein Portal umgestellt wird, eine Form der Antragstellung umgestellt wird, wie z. B. jetzt bei der neuen GAP-Periode. Da müssen sich alle besonders anstrengen. Das gilt auch für die Verwaltung.

Meines Erachtens ist das aber nicht der Hauptgrund. Einer der Hauptgründe, weshalb sich die Landwirtschaft auch flächenmäßig auf größere Betriebe konzentriert, ist, dass die Programme in den letzten 30 Jahren verändert wurden – hin zu einer intensiven Landwirtschaft und zu einer Flächenförderung, bei der die Fläche und nicht unbedingt die Leistungen der landwirtschaftlichen Betriebe gefördert wurde. Die Traktoren wurden größer, die Äcker wurden größer. Es gibt einen ganzen Rattenschwanz an Gründen, warum die Betriebe größer wurden. Dabei musste landwirtschaftlich intensiver gearbeitet werden, um Geld zu verdienen. Das hat etliche kleinere Betriebe zum Aufgeben gebracht.

Wir setzen nach wie vor darauf, auch kleine familiengeprägte Betriebe zu fördern und die Leistungen zu honorieren, die als gesellschaftliche Leistungen erbracht werden. Es darf nicht mehr so sein, dass jemand nur deshalb Geld bekommt, weil er Fläche und einen Hof hat.

Abg. **Kerstin Geis**: Ich komme aus einem Kreis, in dem sehr viel landwirtschaftlich produziert wird. Im Kreis Groß-Gerau sind einige Betriebe, die sich auf die Produktion von Fleisch spezialisiert haben. Man kann bei uns beim Direktvermarkter Fleisch kaufen. Da steht drauf: Rindfleisch – Tier geboren und aufgewachsen in Riedstadt, geschlachtet in Brensbach im Odenwald, kurze Distanz.

In Brensbach war der letzte südhessische Schlachthof. Der hat jetzt zugemacht. Das heißt, die Tiere aus unserem Kreis, die geschlachtet werden sollen, müssen größere Strecken zurücklegen, denn es gibt nur wenige Betriebe, die selbst schlachten. Die Frage, wenn jetzt der letzte südhessische Schlachthof zugemacht hat, ist: Gibt es im HMUKLV Ideen, wie man dem einen oder anderen Erzeuger helfen kann? Es wurde durchaus geschätzt, dass die Tiere einen kurzen Weg zum Schlachthof hatten.

Ministerin **Priska Hinz**: Der Odenwaldkreis und der Landkreis Darmstadt-Dieburg sind in Gesprächen mit dem Ministerium zur Wiedereröffnung des Schlachthofs. Der Landkreis Darmstadt-Dieburg hat ein besonderes Interesse daran. Wir hoffen, dass das Anliegen umgesetzt

werden kann, aber dafür muss sich eine Betreibergesellschaft gründen, dafür muss es jemanden geben, der das übernimmt, der dafür sorgt, dass die Schlachtbedingungen so sind, dass tierschutzgerecht geschlachtet werden kann.

Der Hauptgrund dafür, dass dort nicht mehr geschlachtet wird, dass der Schlachthof zugemacht wurde, war, dass bestimmte Investitionen hätten getätigt werden müssen, um tierschutzgemäß zu schlachten. Die dort eingesetzte Geschäftsführung war über die Jahre nicht in der Lage, dieses zu tun. Der Schlachthof ist ja schon einmal mit viel Steuergeld „gerettet“ worden. Damals wurde dort eine Geschäftsführung eingesetzt, die nicht auf der Höhe der Zeit war, auch was die Investitionen angeht. Einen Schlachthof, bei dem tierschutzwidrige Praktiken gang und gäbe sind, kann man nicht brauchen. Das darf man den Tieren nicht antun, das darf man auch den Landwirten und Landwirtinnen, die ihre Tiere dorthin bringen, nicht antun. Von daher ist es wichtig, wenn der Schlachthof wieder aufgemacht wird – wir sind willens, das mit Geld zu fördern –, dass diejenigen, die ihn wieder eröffnen wollen, die entsprechenden Bedingungen herstellen. Dann ist das möglich, und darüber sind wir im Gespräch.

Darüber hinaus gibt es etliche größere Metzgereien in Südhessen, die von uns gefördert wurden, die hofnahe Schlachtungen durchführen, die für landwirtschaftliche Betriebe und andere Metzgereien entweder schlachten oder eine Wurstzubereitung betreiben. Wir haben inzwischen die Weidetierschlachtung gerade im Bereich Südhessen in größerem Umfang etabliert.

Zur Ehrenrettung des Odenwald-Schlachthofs muss ich noch sagen, dass es etliche Landwirtinnen und Landwirte gab, die, obwohl dieser Schlachthof existierte, ihre Tiere nie dorthin gebracht haben, sondern nach Baden-Württemberg gefahren sind. Auch das ist Fakt. Es ist also nicht automatisch so, dass ein Betrieb, der in der Region beheimatet ist, von allen akzeptiert und genutzt wird.

Abg. **Klaus Gagel:** Ich habe noch eine Nachfrage zum Thema Bürokratie und zu der Umfrage von „agrarheute“. Was mich beunruhigt, ist die Antwort vieler Landwirte: 45 % von ihnen haben „fachlich unsinnige Regelungen“ als Grund für Frustration und Ärger angegeben. Wäre es denkbar, dass die Landesregierung bei den Bauern eine Umfrage durchführt und genauer nachhakt, was die Landwirte für Sorge und Nöte bezüglich „fachlich unsinniger Regeln“ tatsächlich haben? Es wäre doch interessant, einmal die Basis zu befragen, denn wie Sie eben selbst gesagt haben, kommt ein Großteil der Bürokratie von der EU-Ebene, und zwischen der EU-Ebene und den Betrieben besteht eine gewisse „Entfernung“. Die Landwirte können ja nicht einfach bei der EU anrufen und ihren Frust loswerden. Daher wäre die Landesregierung gefragt, genauer nachzuhaken, was das Problem ist.

Ministerin **Priska Hinz:** Herr Abgeordneter, die Landesregierung ist permanent im Gespräch mit den landwirtschaftlichen Verbänden. Wir haben außerdem einen Landesagrarausschuss eingerichtet. Im Gegensatz zu dem, was in anderen Bundesländern der Fall ist, ist der Berufsstand in Hessen in der Mitwirkung. Das heißt, der Berufsstand wirkt bei allen Richtlinien und Verordnungen mit. Der Landesagrarausschuss gibt seine Stellungnahmen ab, und es gab

während meiner Amtszeit selten irgendetwas, was beim Landesagrarausschuss auf Widerstand gestoßen ist.

An einem Beispiel möchte ich deutlich machen, wie unterschiedlich die Interessenlagen eines Berufsstands und die gesellschaftlichen Erfordernisse sein können, nämlich an der Düngeverordnung. Bei der Düngeverordnung ist es so: Viele Landwirtinnen und Landwirte und auch der Bauernverband finden, dass die Düngeverordnung fehlerhaft ist. Wenn wir eine Umfrage machen würden, würden sich wahrscheinlich 90 % der Landwirtinnen und Landwirte negativ äußern und sagen, das sei fachlich unsinnig. Ich kann Ihnen aber auch sagen, dass die Messungen, die beim Grundwasser angestellt werden, etwas anderes besagen und dass die Wasserverbände eine andere Position – die ebenfalls fachlich fundiert ist – als die Interessenvertreter der Landwirtschaft haben. Deswegen kann man nicht immer sagen, das, was die eine Interessengruppe meint, ist das Richtige, und deshalb muss die Landesregierung hier eine Abwägung vornehmen. Wir haben auf der einen Seite ein hohes Gut, nämlich sauberes Trinkwasser. Wir alle wollen nicht über Gebühr über Steuergeld die Kosten dafür finanzieren, dass das Wasser gereinigt werden muss, um verwendet werden zu können. Wir hatten es außerdem mit einem EU-Vertragsverletzungsverfahren zu tun, das inzwischen Gott sei Dank beigelegt ist. Deutschland hat aber jahrelang weggeschaut, unter anderem deswegen, weil Vertreter aus der Landwirtschaft immer wieder moniert haben, dass man im Bereich der Düngung keine Einschränkungen vornehmen dürfe.

Jetzt müssen wir, sozusagen auf den letzten Drücker, zu Einschränkungen kommen, die vor 20 Jahren in dieser Form vielleicht noch nicht notwendig gewesen wären. Wir sind dabei, mit Maßnahmen nach dem Verursacherprinzip und durch verbesserte Messverfahren die Zahl der roten Gebiete schnell zu verringern. Wir beraten mit viel Steuergeld die Betriebe, wie sie auf andere Weise düngen können, einen guten Ertrag erzielen, aber nicht mehr so viel Nitrat ins Grundwasser gelangt. Das ist ein Beispiel dafür, wie sich unterschiedliche Interessen beißen können. Wenn Sie bei anderen Themen entsprechende Fragen stellen würden, dann wäre auch da das eine oder andere zu sagen.

Der Berufsstand wirkt in Hessen bei allen Richtlinien und Verordnungen mit. Die Landwirtschaftsabteilung führt permanent in unterschiedlicher Art und Weise Gespräche, nicht nur mit Vertretern der landwirtschaftlichen Verbände, sondern auch mit einzelnen Betriebsinhaberinnen und -inhabern. Auch ich bin permanenten im Gespräch mit dem Berufsstand. Deshalb können wir sehr wohl sagen, dass wir eine gute Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft in Hessen haben.

Abg. **Knut John**: Eine kleine Anmerkung, Frau Ministerin: Das war ein wunderbares Beispiel für eine ganzheitliche Betrachtung. Sie haben auf der einen Seite die Landwirtschaft, auf der anderen Seite aber auch die Belange der Wasserwirtschaft gesehen. Genau das meinte ich vorhin, als ich über die Landwirtschaft und die Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte sprach.



Beschluss:

ULA 20/54 – 06.09.2023

Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz hat die Große Anfrage entgegengenommen und besprochen.

2. – zur abschließenden Beratung –**Antrag****Knut John (SPD), Gernot Grumbach (SPD), Heinz Lotz (SPD),
Florian Schneider (SPD), Fraktion der SPD****Extremwetterereignisse dürfen nicht zur existenziellen Bedro-
hung für die hessische Landwirtschaft werden****– Drucks. [20/10643](#)**

Abg. **Knut John**: Die Zahl der Extremwetterereignisse nimmt zu, insbesondere die der Dürreereignisse. Sich gegen Dürre zu versichern, ist unglaublich teuer. Das Land Bayern hat da ein, so glaube ich, gutes Instrument gefunden, die sogenannte „Bayern-Police“. Das hat uns bewogen, darüber nachzudenken, ob es nicht sinnvoll ist, auch eine „Hessen-Police“ einzuführen, damit wir den Bäuerinnen und Bauern einen bezahlbaren Sicherheitsschutz bieten können. Der Antrag spricht für sich, ich muss ihn nicht weiter erläutern.

Abg. **Hans-Jürgen Müller (Witzenhausen)**: Die Forderung, Versicherungsbeiträge durch Steuergeld zu finanzieren, birgt einige Gefahren und auch Fehlentwicklungen. Das eigentliche Ziel, die Risikominderung für Landwirtinnen und Landwirte, kann schnell zu einem Aufbau zusätzlicher Bürokratie führen, und letztendlich landet das Geld oftmals als Gewinn bei den Versicherungsgesellschaften. Das ist die Realität.

Wir sind der Meinung, dass jede Landwirtin, jeder Landwirt selber entscheiden soll, ob sie bzw. er Mittel aus dem Betrieb für eine entsprechende Versicherung aufwendet oder ob man andere Maßnahmen ergreift, um den Problemen, die sich aus Extremwetterereignissen ergeben können, zu begegnen.

Ich denke, der Weg, den wir gehen, ist der bessere, Landwirtinnen und Landwirte dabei zu unterstützen, beispielsweise eine vielfältige Fruchtfolge anzubauen, verschiedene Kulturen anzubauen, humusnährende Pflanzen anzubauen, statt ihnen zu helfen, Versicherungen abzuschließen, die am Ende womöglich noch dazu führen, dass sich die Landwirtinnen und Landwirte weniger an die Erfordernisse des Klimaschutzes und des Klimawandels anpassen und stattdessen auf ihre Versicherungen schauen und sagen: „Wir haben eine Versicherung, wir brauchen uns nicht mehr darum zu kümmern.“ – Das ist der falsche Weg, und deshalb lehnen wir den Antrag ab.

Abg. **Klaus Gagel**: Wir sehen es so, dass dieser Antrag der SPD-Fraktion komplett überflüssig ist – ein Antrag, wie er typischerweise von der SPD-Fraktion kommt.

Es gibt keinen anderen Berufsstand, der wetterabhängiger ist und die Wetterrisiken mehr zu fürchten hat als den der Landwirte und der Winzer. Das war schon immer so, und das wird immer so bleiben. Extremwetterereignisse hat es schon immer gegeben. Alle Formen von Ex-

tremwetter hat es schon immer gegeben und wird es immer geben. Eine Zunahme der Zahl der Extremwetter gibt es allerdings nicht.

(Widerspruch)

– Doch. Dass Sie jetzt das Beispiel Griechenland anführen würden, war mir natürlich klar. Das zeigt, dass Sie bezüglich Wetter und Klima nichts verstanden haben.

(J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU): Ich würde einmal in den Spiegel schauen!)

Die Frage ist, ob man Steuergeld einsetzen soll, um Wetterrisiken abzusichern. Ich sehe das so wie Herr Müller. Ich halte das nicht für angebracht. Es ist selbstverständlich, dass es zum „Geschäft“ eines Landwirts gehört, das Risiko zu managen. Wer sich gegen solche Vorkommnisse versichern will, muss eben entsprechende Angebote herausuchen. Dass man mit öffentlichen Mitteln Risiken abzudecken versucht, die bisher nicht versicherbar waren, ist zwar eine Idee, aber es wird durch den Antrag nicht wirklich konkretisiert, wie man das darstellen könnte. Insofern bleiben wir bei der Position: Das Wetterrisiko ist Teil des Geschäfts der Landwirte und der Winzer, und es obliegt den Betrieben, dieses Risiko abzusichern.

Abg. **Gernot Grumbach**: Ich finde die Darstellung ein bisschen schlicht. Wir sollten über das Problem sauberer diskutieren, denn es gibt in der Tat Veränderungen bei den Wetterrisiken. Es ist ja nicht so, dass der Staat als Institution nicht handeln würde. Der Staat handelt eben im Nachhinein. Erinnern wir uns daran, wie oft in solchen Fällen nachträglich Zahlungen bewilligt wurden, weil die Risiken nicht tragbar waren. Diese Politik kann man beibehalten, oder man überlegt sich, ob eine Unterstützung in Form einer Versicherung möglich ist, zumindest für eine bestimmte Zeit. Man muss sich überlegen, ob das nicht die klügere Variante ist.

Ich kann jede Debatte dieser Art verstehen, denn wir haben in der Vergangenheit das Problem ja gesehen, dass eine eigentlich kluge Absicherung zu etwas ganz anderem führen kann: Ich spreche von Warentermingeschäften. Warentermingeschäfte mit Lebensmitteln sind erfunden worden, um Ernterisiken über längere Zeiträume zu verteilen. Das Ergebnis in einer finanzkapitalgesteuerten Gesellschaft ist allerdings, dass der Hunger „ausgespekuliert“ wird, um es einmal flapsig zu formulieren.

Man kann daher über die Einwände durchaus diskutieren. Ich sehe aber bei einer Versicherungslösung keine Probleme – vor allem nicht bei einer Versicherungslösung auf eine begrenzte Zeit. Selbstverständlich werden wir vieles ändern müssen, damit die Risiken kleiner werden, aber die Frage ist: Wollen wir weiterhin im Nachhinein darüber reden, Hilfen zu geben, oder wollen wir eine strukturelle Absicherung für eine bestimmte Übergangszeit sicherstellen?

Abg. **Dr. Matthias Büger**: Wir können das Anliegen der SPD-Fraktion insgesamt nachvollziehen. Herr Gagel, ich möchte erst einmal feststellen: Politik beginnt mit der Wahrnehmung der Realitäten. Realität ist, dass die Zahl der Extremwetterereignisse zunimmt. Man kann sich über

die Ursachen streiten, aber ich glaube, über diesen Fakt brauchen wir uns nicht zu streiten. Wir können uns aber durchaus darüber unterhalten, welche Schlussfolgerungen wir aus diesem Fakt ziehen.

Dass ein Landwirt ein Unternehmer ist, der gewisse Risiken tragen muss, ist selbstverständlich, und dass es nicht darum geht, ihm alle Risiken abzunehmen, ist ebenfalls selbstverständlich. Jeder, der ein Haus hat, hat mit Risiken zu tun, und daher ist es richtig und klug, dass man z. B. den Hausrat entsprechend versichert. Versicherungen sind also etwas Kluges und Gutes. Der Antrag sagt ja, dass sich die Landesregierung dafür einsetzen möge, dass es hier zu einer entsprechenden Lösung kommt. Warum halte ich das für etwas Kluges? – Weil ich mich kundig gemacht und erfahren habe, dass es ein solches Produkt am Markt schlicht nicht gibt. Wenn es das gäbe, könnte man es nutzen; da es das aber nicht gibt, besteht an der Stelle Handlungsbedarf.

Ich bin auch nicht der, der sagt, es müsse von vornherein eine Pflicht bestehen, sich zu versichern. Das steht in dem Antrag aber auch nicht. Über die Art und den Umfang der Förderung sollte man im Einzelfall sicherlich reden. Es gibt an der Stelle keinen Freibrief, obwohl ich den Punkt von Herrn Grumbach durchaus sehe, dass wir als Land ein großes Interesse daran haben, dass Schäden versichert sind, denn große unversicherte Schäden führen regelmäßig dazu, dass wir alle uns betroffen in die Augen schauen und sagen: Jetzt braucht es den Einsatz von Landesgeld, z. B. in Form eines Notfallfonds.

Da kann es manchmal klüger sein, vorzusorgen und gewisse Dinge anzustoßen. Die Problembeschreibung ist also richtig. Das Problem ist auch deswegen gegeben, weil es kein Angebot auf dem freien Markt gibt. Es geht ja nicht um eine Pflicht und auch nicht um große Mengen an Landesgeld. Deshalb finden wir die Diskussion richtig, die hier angestoßen worden ist, und werden dem Antrag zustimmen.

Beschluss:

ULA 20/54 – 06.09.2023

Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz lehnt den Antrag nach abschließender Beratung ab.

(CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, AfD gegen SPD, Freie Demokraten, DIE LINKE)

3. – zur abschließenden Beratung –**Antrag
Fraktion DIE LINKE
Primatenhirnforschung in Hessen beenden
– Drucks. [20/11354](#) –**

Abg. **Heidemarie Scheuch-Paschkewitz:** Wie wir alle wissen, sind qualvolle Versuche an Affen durch nichts zu rechtfertigen. Sie sind ethisch nicht vertretbar. Wissenschaftlich führen sie in eine Sackgasse. Wir müssen diesen Versuchen und auch allen anderen Tierversuchen endlich ein Ende setzen. Bis diese Versuche vollends abgeschafft sind, müssen zumindest eine sehr strikte Kontrolle und Dokumentation sowie ein Verbandsklagerecht eingeführt und durchgesetzt werden.

Die Situation in Hessen stellt da keine Ausnahme dar. Das belegt ein Schreiben der hessischen Wissenschaftsministerin Angela Dorn an „Ärzte gegen Tierversuche e. V.“ vom 10. Juli, das uns vorliegt. Laut dem Schreiben gibt es – neben dem durch die Versuche in Kauf genommenen Leid – Missstände im Zusammenhang mit der Forschung an Affenhirnen am Ernst Strüngmann Institut in Frankfurt. Dort werden zurzeit 43 Primaten zur Forschung an Affenhirnen gehalten. In dem Schreiben wurden eine vollständige Transparenzmachung der Vorgänge, die sofortige Beendigung der Missstände sowie das Ziehen notwendiger Konsequenzen angekündigt, doch bis heute hat die Ministerin unseres Wissens nach noch nichts gemacht. Hier liegt also einiges im Argen, und es wird Zeit, diese Zustände endlich und konsequent zu beenden. Ich bitte Sie daher um Zustimmung zu unserem Antrag.

Abg. **Florian Schneider:** Wir von der SPD-Fraktion begrüßen diesen Antrag der LINKEN. Die Kollegin Scheuch-Paschkewitz hat eben sehr eindrücklich dargelegt, warum wir die Forschung an Primaten so schnell wie möglich beenden sollten. Es gibt mittlerweile weitaus bessere Möglichkeiten, um eine derartige Forschung zu betreiben. Daher brauchen wir keine Forschung mehr an den Hirnen von Primaten, um neue Studien auf den Weg zu bringen.

Wir haben allerdings ein Problem mit dem Punkt II 2. Darin geht es darum, tote Primaten – einschließlich Kopf und Gehirn – in einem unabhängigen Institut untersuchen zu lassen. Das geht aus unserer Sicht ein bisschen zu weit. Deswegen bitten wir, über diesen Punkt separat abstimmen zu lassen. Dem Rest des Antrags können wir uneingeschränkt zustimmen.

Abg. **Hans-Jürgen Müller (Witzenhausen):** Das Ansinnen, das DIE LINKE mit ihrem Antrag verfolgt, Tierversuche für die Öffentlichkeit transparent zu machen und weiter daran zu arbeiten, dass künftig weniger Tierversuche durchgeführt werden müssen, teilen wir. Deshalb haben wir viele Dinge auf den Weg gebracht, z. B. 3R-Professuren in Gießen geschaffen, die genau an dem Thema arbeiten.

Bei dem konkreten Fall, der hier zum Thema gemacht wird, muss man konstatieren, dass Hessen Tierversuche, die entsprechend den geltenden Richtlinien beantragt und genehmigt wurden, nicht eigenständig verbieten kann.

Ich fand die Beantwortung der Anfragen der LINKEN transparent, und ich sehe nicht, dass sich daraus ergibt, dass in Hessen Dokumentations- und Kontrollpflichten nicht ausreichend erfüllt wurden. Deshalb lehnen wir den Antrag in dieser Form ab, arbeiten als GRÜNE aber prinzipiell weiterhin daran, Tierversuche überflüssig zu machen. Das ist für uns ein ganz wichtiges Thema.

Abg. **Sebastian Müller (Fulda)**: Ziel der Primatenhirnforschung ist die Abwendung menschlichen Leidens. Das ist ein wichtiger Punkt, der in dem Antrag zu kurz kommt und der in die Gesamtabwägung einfließen muss. Die geltenden tierschutzrechtlichen Regelungen sind ausgewogen, und einer Änderung bedarf es daher nicht. Der Kollege Müller hat gerade ausgeführt, dass Hessen in der letzten Zeit einiges auf den Weg gebracht hat, um den auf internationaler Ebene steigenden Trend, Tierversuche durchzuführen, einzudämmen.

Ich möchte darauf hinweisen, dass bereits jetzt bei jedem Tierversuch Kontroll- und Dokumentationspflichten erfüllt werden müssen. Über jeden Tierversuch muss ein wissenschaftliches Gremium befinden, und es muss eine behördliche Genehmigung vorliegen. Das wissenschaftliche Gremium ist zu einem Drittel mit Vertretern von Tierschutzorganisationen besetzt.

Wir halten es auch für richtig, Tierversuche auf ein absolutes Minimum zu reduzieren und das Leiden der Tiere in absolut geringen Grenzen zu halten, soweit dies möglich ist. In der Gesamtabwägung halten wir es aber für eine wissenschaftliche Frage und nicht für eine politische Frage, ob wir weiterhin Tierversuche benötigen. Somit sehen wir keine Möglichkeit der Zustimmung zu diesem Antrag.

Abg. **Dr. Matthias Büger**: Es ist ein, insgesamt gesehen, schwieriger Sachverhalt, bei dem unterschiedliche Punkte gegeneinander abgewogen werden müssen. Wir teilen aber die in dem Antrag zum Ausdruck gebrachte Einschätzung, dass die Primatenhirnforschung mit sehr schweren Belastungen für die Tiere einhergeht. Deshalb ist es auch unsere Zielsetzung, aus der Primatenhirnforschung auszusteigen, sobald das wissenschaftlich möglich ist.

Auf der anderen Seite sehen wir gewisse Formulierungen im Antrag durchaus kritisch, z. B. die Frage, inwieweit wissenschaftlich etwas anderes möglich ist. Wir haben außerdem sowohl bei dem Punkt, den die Sozialdemokraten angesprochen haben, als auch beim Thema Verbandsklagerecht Bedenken. Die Forderung der LINKEN sehen wir da nicht als einen klugen Weg zu mehr Tierschutz an. Deshalb werde ich mich bei diesem Antrag der Stimme enthalten.

Abg. **Gernot Grumbach**: Der Kollege Müller hat mich provoziert. Ich möchte ihm den freundlichen Hinweis geben, dass es inzwischen in der Biologie und in der Anthropologie eine ziemlich heftige Debatte über die Grenzzone zwischen dem, was den Menschen ausmacht, und dem, was Tiere ausmacht, gibt und dass Primaten – neben ein paar Meeressäugern – quasi in dieser Grenzzone anzusiedeln sind. Deshalb gibt es aus gutem Grund eine auf Primaten zentrierte Debatte, die nichts mit Tierversuchen im Allgemeinen zu tun hat, sondern die die besondere intellektuelle und sonstige Leistungsfähigkeit von Primaten anders bewertet als die irgendeines Tieres.

Abg. **Klaus Gagel**: Ich denke, wir sind uns in diesem Gremium einig, dass die Intention des Antrags in Ordnung ist. Uns allen ist am Tierschutz gelegen. Nichtsdestotrotz ist es so, dass ein vollständiges Verbot von Tierversuchen – das hat der Kollege von der CDU-Fraktion schon ausgeführt – für die Wissenschaft eine Tür schließen würde, die bisher offen stand und die nur unter sehr restriktiven Vorgaben durchschritten werden darf. Wollen wir Tierversuche ganz verbieten bzw. diese Tür zuschließen? Dann würde es zu einer Verlagerung der Forschung ins Ausland kommen, und dann würde man eben dort Primatenhirnforschung betreiben.

Es ist völlig klar, dass die Zahl der Tierversuche minimiert werden muss – so weit es geht –, um das Leid der Tiere zu verhindern.

Wir lehnen den Antrag in dieser Form ab, wenngleich wir die Intention selbstverständlich richtig finden. Wir denken aber, dass ein vollständiges Verbot von Tierversuchen keine zielführende Entscheidung wäre und keine Verbesserung bringen würde.

Abg. **Heidemarie Scheuch-Paschkewitz**: Die Intention, den Antrag zu stellen, war ja auch, die Gespräche mit dem Verein „Ärzte gegen Tierversuche“ aufzugreifen, die Missstände an diesem Institut, das 43 Primaten zum Zweck von Tierversuchen hält, aufzudecken und diese Missstände transparent zu machen. Bis heute ist aber keinerlei Transparenz geschaffen worden oder irgendeine Form der Dokumentation vonseiten des Ministeriums erfolgt.

Ministerin **Priska Hinz**: Ich möchte etwas Generelles zu der Genehmigung und Überwachung von Tierversuchen sagen. Es gibt in Hessen zwei Einrichtungen, die Tierversuche durchführen: die Universität Marburg, die Versuche an vier Rhesusaffen durchführt, und das Ernst Strüngmann Institut, an dem 22 Rhesusaffen und 21 Weißbüschelaffen gehalten werden. Das Ernst Strüngmann Institut ist keiner Hochschule zugeordnet. Es ist ein unabhängiges Forschungsinstitut, arbeitet aber in enger Kooperation mit der Max-Planck-Gesellschaft und steht unter der wissenschaftlichen Leitung der Max-Planck-Gesellschaft.

Der Hauptgrund dafür, dass diese Forschung in Hessen stattfinden darf, ist, dass es sich um Grundlagenforschung handelt. Die Grundlagenforschung ist in Deutschland geschützt und auch nicht an einen klinisch messbaren direkten Nutzen für den Menschen gekoppelt. Deshalb

gingen alle Klagen gegen diese Versuche, bis hin zum BGH – z. B. in Bremen, wo es ein Verbandsklagerecht gibt –, für die Kläger negativ aus. Das muss man schlicht und einfach konstatieren, wenn man sich ernsthaft mit diesem Thema auseinandersetzt.

Deshalb unternehmen wir in Hessen Anstrengungen da, wo wir Einfluss haben – gerade auch im Bereich der Hochschulen und der Hochschulmedizin –, um die Zahl der Tierversuche zu reduzieren, wo immer das möglich ist, und um da, wo Tierversuche stattfinden, die Bedingungen möglichst zu verbessern, damit die Tiere nicht unnötig leiden.

Wir müssen auch zur Kenntnis nehmen, dass die Belastung der Tiere bei der Forschung an Affenhirnen, wenn sie nach den aktuell geltenden Standards durchgeführt wird, bundesweit als „mittel“, nicht als „schwer“ eingestuft wird. Das hängt damit zusammen, dass die operativen Eingriffe allesamt unter Narkose stattfinden, damit sie schmerzfrei sind. Gegen diese rechtliche Einstufung können wir nichts machen. Deswegen sind alle Klagen, auch in anderen Bundesländern, gescheitert. Die Versuche werden mit anhaltender Schmerzmittelgabe, wann immer notwendig, durchgeführt. Deswegen erreichen sie nicht die Einstufung als „schwer“.

Ich glaube schon, dass wir mittel- bis langfristig dazu kommen werden, Tierversuche vollständig überflüssig zu machen – das ist jedenfalls unsere Hoffnung –, und arbeiten daran von politischer Seite aus mit. Derzeit kann Ihnen aber niemand guten Gewissens versprechen, selbst wenn Sie heute diesen Antrag beschließen würden, dass Tierversuche in Hessen nicht mehr stattfinden. Das kann man nicht einfach per Beschluss erreichen, denn die Grundlagenforschung ist frei, und wenn die Tierversuche genehmigt sind und den vorgegebenen Standards entsprechen, dann können sie durchgeführt werden.

Was das Ernst Strüngmann Institut angeht, ist es so, dass ein Wissenschaftler das Institut verlassen hat, die Forschungseinrichtung neu geordnet wird und wir nach allem, was wir wissen, davon ausgehen können, dass sich auch dort die Zahl der Tierversuche deutlich reduzieren wird. Ich kann Ihnen dazu noch sagen, dass nicht nur die Genehmigung von uns erteilt wird, sondern dass es auch unangekündigte Kontrollbesuche beim Ernst Strüngmann Institut gibt. Es wurden dabei keine gravierenden Mängel festgestellt. Es wurden leichtere Mängel festgestellt, die jetzt ausgeräumt wurden bzw. ausgeräumt werden. Nachdem der eben angesprochene Wissenschaftler das Institut verlassen hat, wird sich die Zahl der Tierversuche verringern. Das kann ich Ihnen heute mitteilen.

Um die Frage aufzunehmen, ob Tiere untersucht werden, nachdem sie verstorben sind oder getötet werden mussten – das haben wir schon einmal bei der Kleinen Anfrage Drucks. 20/10453 beantwortet –: Die veterinärpathologischen Untersuchungen erfolgen im Landesbetrieb Hessisches Landeslabor, Abteilung Veterinärmedizin, oder im Deutschen Primatenzentrum, Leibniz-Institut für Primatenforschung. Letzteres führt die veterinärpathologischen Untersuchungen durch, wenn die Tötung des Tieres als Teil einer wissenschaftlichen Fragestellung durchgeführt wurde. Die veterinärpathologischen Untersuchungen im Landesbetrieb Hessisches Landeslabor dienen der Klärung der Frage, ob beim Tod der Tiere irgendetwas Ungeöhnliches zu vermerken ist. Ich glaube nicht, dass uns der Vorwurf treffen kann, dass wir weggucken, dass wir nicht richtig hingucken, dass wir nicht kontrollieren, aber wir müssen weiterhin gemeinsam daran arbeiten, dass die Zahl der Tierversuche geringer wird. Solange

aber die Grundlagenforschung so geschützt ist, wie es derzeit der Fall ist, werden wir einzelne Versuche nicht verhindern können.

Beschluss:

ULA 20/54 – 06.09.2023

Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz lehnt nach abschließender Beratung

Abschnitt I Nr. 1 und 2, Abschnitt II Nr. 1, 3, 4 und 5 sowie

(CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, AfD gegen SPD, DIE LINKE; Enthaltung Freie Demokraten)

Abschnitt II Nr. 2

(CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, AfD gegen DIE LINKE; Enthaltung Freie Demokraten)

des Antrags ab.

4. – zur abschließenden Beratung –**Entschließungsantrag****Fraktion der SPD****Ablehnung der Einstufung von Investitionen in Atomkraft als klimafreundlich****– Drucks. [20/7364](#) –**

Abg. **Gernot Grumbach:** Die Debatte auf EU-Ebene ist weitestgehend gelaufen. Da es Menschen gibt, die glauben, sie müssten die Debatte in Deutschland wiederholen, fanden wir es ganz wichtig, eine Positionsbestimmung vorzunehmen. Diese steht im Text des Entschließungsantrags.

Abg. **Martina Feldmayer:** Die Zeit ist über den Entschließungsantrag hinweggegangen. Er ist nicht mehr aktuell. Deshalb haben wir uns gewundert, dass die Sozialdemokraten über den Entschließungsantrag im Umweltausschuss abstimmen lassen wollen.

Zu unserem Bedauern ist die Atomkraftnutzung wie auch die Nutzung von Erdgas als „nachhaltig“ in die EU-Taxonomie eingegangen. Glücklicherweise ist das Atomzeitalter in Deutschland beendet. Das ist die gute Nachricht. Was können wir in Hessen tun? – Wir können bei Investitionen, die das Land Hessen tätigt, ausschließen, dass diese in die Nutzung der Atomkraft fließen. Das tun wir in Hessen gemäß den entsprechenden UN-Prinzipien. Hessen tut daher genau das, was Sie mit Ihrem Antrag fordern. Von daher gesehen ist der Antrag nicht mehr aktuell und hat sich im Prinzip erledigt. Deshalb werden wir dem Entschließungsantrag nicht zustimmen.

Abg. **Michael Ruhl:** Es ist schon angeklungen, dass der Antrag in der Tat veraltet ist. Ich bin ein bisschen über die Überschrift gestolpert: „Ablehnung der Einstufung von Investitionen in Atomkraft als klimafreundlich“. Man kann zur Atomkraft stehen, wie man will, aber sie ist CO₂-neutral. Das spielt aber in der aktuellen Diskussion keine Rolle mehr, da die Taxonomie in Europa tatsächlich so festgelegt worden ist, wie es dargestellt wurde. Wie wir in Hessen Finanzanlagen tätigen, hat die Kollegin Feldmayer schon beschrieben.

Abg. **Klaus Gagel:** Das ist ein weiteres Beispiel eines überflüssigen SPD-Antrags. Es ist völlig klar, dass der Antrag veraltet ist. Wenn er nicht veraltet wäre, wäre er dahin gehend überflüssig, weil der Widerspruch, der in dem Glauben besteht, man könne mit Dekarbonisierung das Weltklima retten, an der Atomkraft besonders deutlich wird. Sie ist in der Tat CO₂-neutral, aber davon will hier in Deutschland niemand etwas wissen. Es wird daher eine politische Entscheidung in Deutschland sein, wenn sich die politischen Verhältnisse ändern – sie werden sich ändern, davon bin ich überzeugt –, dass die Atomkraft auch in Deutschland wieder eine Zu-

kunft hat. Die Phase grüner Träume, mithilfe einer Dekarbonisierung oder gar mit einer Klimaneutralität die Wirtschaft und die Politik am Standort Deutschland dauerhaft erhalten zu können, wird innerhalb der nächsten zehn Jahre in sich selbst zusammenfallen. Dafür bin ich sehr dankbar. – Wir lehnen den Antrag ab.

Abg. **Dr. Matthias Büger:** Es wird Sie nicht wundern: Auch wir werden den Antrag ablehnen. Das hat mehrere Gründe. Der formale Grund ist, dass die Entscheidung bereits getroffen ist.

Da sich aber alle anderen Redner inhaltlich positioniert haben: Ich teile die kritische Sicht auf die Atomenergie, die hier an ein paar Stellen aufkam, in ihrer Absolutheit nicht. Es ist manchmal gut, in anderen Ländern zu schauen; dann sieht man, dass die GRÜNEN in Finnland und in Schweden eine ganz andere Position einnehmen. In dieser Frage werden auch in der Bundesregierung unterschiedliche Positionen vertreten. Die Diskussion brauchen wir hier aber nicht zu wiederholen. Wir lehnen den Antrag sowohl aus inhaltlichen als auch aus formalen Gründen ab.

Beschluss:

ULA 20/54 – 06.09.2023

Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz lehnt den Entschließungsantrag nach abschließender Beratung ab.

(CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, AfD, Freie Demokraten gegen SPD, DIE LINKE)

5. Berichts Antrag

**Knut John (SPD), Gernot Grumbach (SPD), Heinz Lotz (SPD),
Florian Schneider (SPD) und Fraktion
Bilanz des Aktionsplans für den ländlichen Raum „Starkes
Land – gutes Leben“
– Drucks. [20/9425](#) –**

hierzu:

Schreiben des HMUKLV vom 07.03.2023
– Ausschussvorlage ULA 20/39 –

(eingegangen und verteilt am 05.07.2023)

Abg. **Knut John**: Vielen Dank für die Beantwortung der Fragen des Berichtsantrags. – Das, was Sie hier dargestellt haben, ist eher eine Zwischenbilanz. Auffällig ist, dass einige Landkreise bei dem Aktionsplan eher spärlich zugreifen und andere sehr munter. Vielleicht hat das auch damit zu tun, dass der eine oder andere Landkreis unterfinanziert ist. Das hat man ja heute in einer Studie der Bertelsmann Stiftung lesen können. Das ist aber nur Spekulation.

Erlauben Sie mir, ein oder zwei Fragen zu stellen. Ich beginne mit einem für mich ganz wichtigen Punkt. In der Antwort auf Frage 6 heißt es, zum Wintersemester 2022/2023 hätten von den insgesamt zur Verfügung stehenden 90 Studienplätzen für das Studium im Rahmen der Landarztquote insgesamt nur 57 besetzt werden können. Sie schreiben außerdem, dass Sie umfangreiche Werbemaßnahmen unternommen hätten. Gibt es da keine Möglichkeit mehr, nachzulegen, vielleicht mit weiteren Bewerbern zu sprechen, oder ist es eher so, dass es nach wie vor unattraktiv ist, in den ländlichen Raum zu gehen?

Eine Anmerkung bezüglich Bad Sooden-Allendorf und der Förderung einer pilothaften Etablierung eines E-Lieferdienstes. Zur Information für Sie: Das ist leider mittlerweile eingestellt worden. Das gibt es nicht mehr. Das wirft für mich schon die Frage auf: Muss man nicht hinterfragen, warum das eingestellt worden ist, oder gibt es einen Bericht – es gibt ja auch andere Fälle –, warum das eine oder andere misslingt?

Ministerin **Priska Hinz**: Zu Ihrer Nachfrage zur Antwort auf Frage 6 d: Ich kann nicht aus dem Stand beantworten, ob es da Nachbesetzungen gibt. Das würden wir im Wissenschaftsministerium nachfragen und Ihnen eine schriftliche Antwort geben.

(Antwort des HMUKLV siehe Anlage)

Wenn etwas Neues eingeführt wird, ist es in der Regel so, dass das nicht unbedingt beim ersten Anlauf zu einem riesigen Ansturm führt. Beispielsweise ist unser Gaststätten Sonderprogramm erst beim zweiten Aufruf richtig ins Rollen gekommen, nachdem die Leute untereinander dafür Werbung gemacht hatten.

Zu der Frage, ob die Programme, die angestoßen wurden und in Anspruch genommen werden, so laufen, dass sie tatsächlich dauerhaft etabliert werden können, wie z. B. dieser Lieferservice, kann ich Ihnen sagen, dass wir den Aktionsplan evaluieren – auch seine Weiterentwicklung beruht ja auf einer Evaluierung. Das, was gut läuft, wird weitergeführt und ausgedehnt, und das, was etwas schlecht läuft, nimmt man aus der Förderung, oder man lernt aus Fehlern und verbessert die Projekte. Wir haben den Kreis derer, die an der Stelle mitarbeiten, relativ groß gezogen. Es sind fast 40 Verbände aus dem ländlichen Raum beteiligt. Das beginnt bei den Kommunalen Spitzenverbänden und reicht bis zu den Musikschulen. Von daher gesehen sind wir breit aufgestellt, was die Evaluierung angeht, und das werden wir fortsetzen, denn wir wollen ja besser werden.

Abg. **Frank Diefenbach:** Die SPD-Fraktion hat zu der Antwort auf den Berichtsantrag berechnigte Fragen gestellt. Es sind aber keine Fragen, die den Aktionsplan und das, was er gebracht hat, infrage stellen. Ich frage mich, wie das zu dem passt, was in den vergangenen Plenarsitzungen abgelaufen ist, in denen der Aktionsplan für den ländlichen Raum immer wieder massiv infrage gestellt wurde. Im Plenum haben wir über ein Papier zur Förderung des ländlichen Raums diskutiert, das die SPD-Fraktion vorgelegt hat. Dieses Papier erscheint mir, wenn ich das einmal so sagen darf, wie eine schlechte Kopie unseres Aktionsplans.

Unser Aktionsplan ist interministeriell angelegt. Das bedeutet, dass alle Ministerien die Projekte begleitet und gut gefördert haben – ob es um die Dorfentwicklung geht, ob es um die Förderung queerer Jugendlicher im ländlichen Raum geht, ob es um die Landwirtschaft, die Verkehrspolitik oder Ähnliches geht. Alle Bereiche sind tangiert, denn das ist ein nachhaltiger Aktionsplan. Deshalb muss ich sagen: Ich habe nichts dagegen, dass Sie hier im Ausschuss Kritik gegen die Antworten des HMUKLV auspacken, aber Ihre Fragen vertragen sich nicht mit der Stimmung, die Sie im Plenarsaal gegen unsere Förderung des ländlichen Raums erzeugt haben.

Als Sprecher für den ländlichen Raum habe ich viele gute Projekte besuchen dürfen, die von der Förderung durch das Land profitiert haben. Ich bin froh, dass diese Projekte existieren, und kann mich mit Ihrer generellen Kritik, die seit Monaten im Plenum zu hören war, nicht einverstanden erklären. Das Einzige, was man hier und da hört, ist: Es könnte mehr geben. – Mehr von dem, was gut gelaufen ist? – Ein Mehr kann man immer fordern. Die Frau Ministerin hat eben gesagt: Wir wollen noch besser werden. – Das schließt sich also nicht aus. Deshalb ist das kein Grund, diese Politik zu kritisieren.

Abg. **Knut John:** Zuerst bitte ich Sie, mitzuteilen, welches „Papier“ von uns Sie meinen. Meinen Sie das Konzept „So geht ein starker ländlicher Raum“? – Das ist aber kein „Papier“. Selbstverständlich haben wir in der Vergangenheit Kritik geübt, und wir werden das auch weiterhin tun, denn ist ist schwarz auf weiß zu lesen: 50 % aller Kommunen in Hessen sind unterfinanziert; ihre finanzielle Ausstattung liegt unter dem Bundesdurchschnitt. Deshalb predigen wir seit Jahren: Wir müssen die Kommunen, insbesondere im ländlichen Raum, finanziell

besser ausstatten. Wir sollten vielleicht weniger Fördertöpfe aufmachen – die erschweren ihnen die Arbeit, weil jede Förderung entsprechend bearbeitet werden muss – und den Kommunen stattdessen ordentlich Geld geben, damit sie ihre originären Aufgaben wahrnehmen können.

Ich habe sehr deutlich gesagt: Es ist eine Zwischenbilanz. – Das kann man doch einmal positiv zur Kenntnis nehmen. Da muss man nicht gleich draufhauen. Mir ist nicht ganz klar, warum Sie das tun. Warum Ihre Erwartung ist, dass wir gleich draufhauen, verstehe ich auch nicht, denn Demokratie sollte ein Miteinander sein. Ich hoffe, dass wir das irgendwann einmal hinkommen.

Abg. **Gernot Grumbach**: Ich würde es gerne einmal grundsätzlich angehen, weil ich glaube, dass da zwei Ebenen durcheinanderlaufen. Die eine Ebene ist die des konkreten Aktionsprogramms. Dazu haben wir einen Berichts Antrag gestellt und gesagt, was zu sagen war.

Es gibt einen Punkt, der uns umtreibt, nicht nur in Hessen, sondern z. B. auch auf den Konferenzen der Sprecher für den ländlichen Raum. Das Versprechen gleichwertiger Lebensbedingungen in Deutschland, das im Grundgesetz steht, wird – nicht nur in Hessen – in einer Weise missachtet, dass von diesem Versprechen an vielen Stellen keine Rede mehr sein kann. Wer kein Auto, kein vernünftiges Einkommen, keine vernünftige Internetanbindung hat, ist im ländlichen Raum verloren.

Der Aktionsplan greift einen Teil der Probleme auf, aber das ist kein Ressortproblem, sondern wir reden über mehr als das. Das treibt uns um, und das macht uns manchmal etwas zorniger, als es für einzelne Fragen vielleicht gut wäre. Aber der Zorn entsteht aus der Kenntnis der Lebensbedingungen der Menschen.

Beschluss:

ULA 20/54 – 06.09.2023

Der Berichts Antrag gilt mit der Entgegennahme des Berichts im ULA als erledigt.

6. Berichts Antrag
Knut John (SPD), Gernot Grumbach (SPD), Florian Schneider (SPD), Kerstin Geis (SPD) und Fraktion Sägewerke in Hessen
– Drucks. [20/11156](#) –

hierzu:

Schreiben des HMuKLV vom 24.07.2023
– Ausschussvorlage ULA 20/47 –

(eingegangen am 31.07., verteilt am 07.08.2023)

Abg. **Knut John**: Auffällig ist: Bei „Summe Laub 2022“ (Frage 1, Tabelle) findet man einen Strich; es wurden von den Sägewerken also keine Angaben gemacht. Auf Seite 4 der Antwort liest man aber, dass wir relativ viel Laubholz aus Hessen exportieren. Da stellt sich die Frage: Hat das eine kartellrechtliche Bewandnis? Aus welchem Grund ist das so? Von einem Sägewerk, das hier namentlich erwähnt ist, Ruhlandt Holz, weiß ich, dass es in Hessen kein Holz mehr kauft. Das Sägewerk bezieht das Holz mittlerweile aus Thüringen, weil sie aus dem regionalen Umfeld nichts mehr bekommen. Ist man denn in Gesprächen mit den Sägewerken? Die Zahl der Sägewerke in Hessen ist ja relativ übersichtlich. – Im Übrigen vielen Dank für den Bericht, er ist sehr informativ.

Ministerin **Priska Hinz**: Zu Ihrer Frage kann Herr Wilke sicherlich etwas sagen. Es handelt sich um eine Statistik, die vom „Holzkurier – Österreichischer Agrarverlag“ herausgegeben worden ist.

Der Umfang der Exporte, auch beim Laubholz, ist gestiegen, nicht nur in andere Bundesländer, sondern auch in europäische Staaten. Das heißt, wir hätten genügend Laubholz, um auch die hessischen Sägewerke zu bedienen.

MinDirig **Wilke**: Herr Abg. John, wir verfügen nicht über die Informationen, die Sie nachgefragt haben, und auch das Statistische Landesamt hat diese Informationen nicht. Auf öffentlich-rechtlichem Wege haben wir zu diesen Angaben keinen Zugang. Wir haben, um Ihrem Auskunftsbedürfnis zu entsprechen, eine Veröffentlichung abgedruckt, die aus Österreich stammt und die auf freiwilligen Angaben von Unternehmen beruht. Wenn diese Unternehmen im Jahre 2022 gegenüber diesem Organ – eine öffentliche Fachzeitschrift und Online-Plattform – keine Angaben getätigt haben, dann haben wir keine weitere Möglichkeit der Erkenntnis. Insofern kann ich dazu nichts sagen.

Zu den Informationen, die wir hier zu dem Rohholzanteil gegeben haben, der aus Hessen exportiert wird oder nach Hessen importiert wird: Das hat nichts mit kartellrechtlichen Fragen

zu tun, sondern das ist eine Sache der Nachfrage, die von nationalen oder auch internationalen Sägewerken begründet wird. Auf dem Markt wird entsprechend reagiert, und dann wird z. B. Holz aus Hessen nach Nordrhein-Westfalen geliefert – oder nach Belgien, Polen, Skandinavien oder Fernost. All das sind Reaktionen auf die jeweilige Nachfrage und auf das Preisgefüge.

Abg. **Gernot Grumbach:** Das Problem ist relativ einfach. Auf der einen Seite hört man Klagen hessischer Sägewerksbesitzer, wo sie Holz herbekommen sollen. Auf der anderen Seite ist es so, dass Holz auf der ganzen Welt frei gehandelt werden kann. Die einfache Frage ist: Bieten die Sägewerksbesitzer nicht genug? – Wenn es so sein sollte, dann bekommen die von uns künftig die Antwort: Ihr bezahlt im Vergleich zu anderen einfach nicht genug. – Oder gibt es andere Gründe, warum es zu dieser Verschiebung von Holz aus Hessen kommt?

Ministerin **Priska Hinz:** Es kommt gar nicht zu einer generellen Verschiebung von Holz aus Hessen, sondern wir haben mit den hessischen Sägewerken entsprechende Lieferbeziehungen. Ein großer Teil des Holzes bleibt in Hessen. Gerade in den Zeiten, als der Holzanfall infolge von Kalamitäten sehr hoch war, gab es aber viel Nadelholz, das möglichst schnell auf den Markt kommen musste. Da konnte es schon vorkommen, dass die hessischen Sägewerke weniger Holz von uns haben wollten, weil sie mit Anfragen von Holzlieferanten aus anderen Bundesländern überschwemmt wurden. In solchen Fällen sortiert sich das nach Angebot und Nachfrage.

Außerdem ist das immer auch eine Frage des Preises. Natürlich muss auch der Landesbetrieb Landwirtschaft Hessen zusehen, dass er keine Dumpingpreise nimmt, sondern seine Verträge zu Marktpreisen schließt.

Die langfristigen Verträge, die wir mit Sägewerken in Hessen geschlossen haben, bedienen wir. Das steht auch in der Antwort auf Ihre Fragen. Insofern geben die Zahlen nicht her, dass die Klagen der Sägewerksbesitzer berechtigt wären. Das finde ich das eigentlich gute Ergebnis in der Antwort auf den Berichtsantrag. Die gute Nachricht ist: Wir können die hessischen Sägewerke bedienen.

Abg. **Frank Diefenbach:** Ich möchte in dem Zusammenhang betonen, dass die Naturwaldausweisungen, die wir in Hessen haben, dem Fakt, den die Ministerin eben betont hat, nicht entgegenstehen. Im Gegenteil, es gibt bei vernünftiger Bewirtschaftung im Staatswald genug Holz, und die Sägewerke können davon profitieren. Die Naturwaldausweisungen stehen dem also nicht entgegen.

Dennoch gilt, dass Holz ein begehrter Rohstoff ist, und wir müssen mit allen Rohstoffen, die wir verwenden wollen, sorgsam umgehen. Der Wald ist, gerade vor dem Hintergrund des Klimawandels, keine unendlich lang laufende „Produktionsmaschine“, sondern er muss mit Sorgfalt behandelt werden, damit er über viele Jahre Holz liefern kann.

Abg. **Knut John:** Die Hessische Landesregierung hat in diesem Jahr die Holzbauintiative für Hessen ausgerufen. Wenn man sich die Zahlen anschaut, dann sieht man: Wir sind eigentlich ganz gut aufgestellt, was die Lieferungen von Holz angeht. Wir haben im Grunde genommen reichlich Holz für Hessen. Sollte man daher nicht ermutigen, mehr Geld in Holzbauweisen zu investieren, und vielleicht auch den einen oder anderen zusätzlichen Anreiz geben, damit das geschieht? Die Baubranche liegt ja ziemlich am Boden, und bei der Verwendung von Holz hätten wir die Gewissheit, dass auf diese Weise CO₂ langfristig gespeichert bleibt.

MinR **Küthe:** Herr John, Sie sagen es: Die Holzbauintiative ist Teil des Klimaplans Hessen. Das, was Sie richtigerweise gesagt haben, geschieht bereits. Die Initiative ist in der Entwicklung. Wir stehen in Kontakt mit der Landesenergieagentur Hessen, mit der Architektenkammer Hessen und mit der Vereinigung „pro Holzbau Hessen“. Das kommt jetzt auf den Weg. Wir wollen zugunsten des Klimaschutzes mit nachhaltig erzeugten Hölzern, möglichst aus heimischen Wäldern, im Baubereich all das realisieren, was man machen kann. Wir wollen viel mehr mit Holz bauen – immer vor dem Hintergrund einer nachhaltigen Holzwirtschaft.

Beschluss:

ULA 20/54 – 06.09.2023

Der Berichtsantrag gilt mit der Entgegennahme des Berichts im ULA als erledigt.

7. Berichts Antrag

Kerstin Geis (SPD), Gernot Grumbach (SPD), Knut John (SPD), Florian Schneider (SPD) und Fraktion
Mehr Nachhaltigkeit in der Gemeinschaftsverpflegung in hessischen Schulen
– Drucks. [20/11157](#) –

hierzu:

Schreiben des HMUKLV vom 18.08.2023
– Ausschussvorlage ULA 20/45 –

(eingegangen und verteilt am 24.08.2023)

Abg. **Kerstin Geis**: Wenn man sich die Website anschaut, auf der die Hessische Landesregierung ihre Nachhaltigkeitsstrategie und ihre Nachhaltigkeitsziele präsentiert, stellt man fest, dass die 17 globalen Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen von keinem anderen Thema so betroffen sind wie vom Thema Ernährung. Auch aus diesem Grunde gibt es die Hessische Ernährungsstrategie. Vor dem Hintergrund kann man zu dem Eindruck kommen, dass das ein wesentlicher und priorisierter Sachverhalt ist, der der Landesregierung wichtig ist. Das war der Ausgangspunkt für unseren Berichts Antrag.

Mit den Antworten der Landesregierung wird der Eindruck erweckt: Im Prinzip ist das eine gute Sache, aber wir wissen wenig über die Wirksamkeit unserer Maßnahmen, weil wir zu vielen, vielen Fragen keine Angaben machen können, weil das Sache der Schulträger ist. – Jetzt kann man sich sagen: Das ist Sache der Schulträger; der eine Schulträger geht da mit mehr Energie heran, der andere mit weniger Energie.

Ich bin Mitglied im Kreistag eines Kreises, der als Schulträger mit mehr Energie herangeht und für die Sicherstellung der Biostrategie an seinen Schulen im Haushalt ein Budget von 150.000 € zur Verfügung gestellt hat, damit die Schulen die Strategie tatsächlich mit Leben füllen können.

Eine wesentliche Frage an der Stelle war: Welche Unterstützung erhalten die Menschen, die an Schulen in Hessen dafür sorgen müssen, dass eine gute Gemeinschaftsverpflegung angeboten wird, dass diese gute Gemeinschaftsverpflegung regional und saisonal erzeugt wird, dass sie Bioqualität hat und dass sie standardmäßig nach den DGE-Kriterien zubereitet wird?

Dafür bekommt man eine Vielzahl von Dingen angeboten – so sagen Sie –, z. B. einmal im Jahr einen Praxistag, an dem die Kriterien der DGE erläutert werden. Sie sagen, es gibt Broschüren, es gibt im Ökoaktionsplan gewisse Optionen, aber die Fragen, wie die Schulträger und die Schulen an der Stelle konkret unterstützt werden, welche Maßnahmen bei Ausschreibungen unterstützend wirken, welche Maßnahmen konkret dazu führen, dass Schulen vor Ort eine solche Verpflegung anbieten können und wie viele Schülerinnen und Schüler sich überhaupt noch nach diesen Standards ernähren, die können Sie nicht beantworten. Ich finde, das ist eine schwierige Situation.

Sie sagen, mit dem Ökoaktionsplan in Hessen und mit den Ökomodell-Regionen wird das unterstützt. Außerdem schreiben Sie, auf der Ebene der Schulträger, der Schülerinnen und Schüler sowie deren Erziehungsberechtigten sei Aufklärungsarbeit zu leisten, um das Bewusstsein für eine gesunde Ernährung und für regionale Wertschöpfungsketten zu stärken. Da frage ich mich: Durch wen wird diese Aufklärungsarbeit geleistet?

Die Vernetzungsstelle Schulverpflegung (VNS) ist bei der Lehrkräfteakademie angegliedert, aber ich weiß nicht, ob man bei der Lehrkräfteakademie weiß, wie man Schulträger bei dem Bemühen unterstützt, eine sinnvolle Ernährung an den Schulen zu gewährleisten. Ich weiß nur: Bei uns im Kreis Groß-Gerau stünden die Schulen ohne die Unterstützung des Kreises mit dieser Aufgabe ziemlich alleine da. Von daher wäre ich froh, ich könnte an der Stelle etwas Konkreteres hören.

Ministerin **Priska Hinz**: Dafür ist der Kreis da, denn es sind seine Schulen – so, wie die Kindertagesstätten dem jeweiligen Träger zugeordnet sind und der Träger dafür Sorge tragen muss, dass das funktioniert, wenn er ein Interesse daran hat.

Was machen wir? Wir haben ein eigenes Kantinenberatungsprogramm, das vom FiBL durchgeführt wird. Wir haben das Netzwerk „100 KlimaKantinen“. Da können sich die, die die Schulen beliefern, melden und da mitmachen, und die Schulträger können darauf einwirken, dass die Caterer alles dafür tun, dass es an den Schulen eine bessere Gemeinschaftsverpflegung gibt. Wir können die Schulträger aber nicht zwingen, das zu tun.

Wir können aber die Rahmenbedingungen verbessern. Wir können über die Ökomodell-Regionen entsprechende Wertschöpfungsketten schaffen. Deswegen haben wir z. B. das Programm „Nah.Land.Küche“ in der Ökomodell-Region Lahn-Dill-Gießen in den Jahren 2022 und 2023 unterstützt, in dessen Rahmen mit einem Großcaterer und weiteren Zulieferern die Gemeinschaftsverpflegung in den Schulküchen auf einen höheren Bioanteil und auf einen höheren regionalen Anteil umgestellt wird.

In der Stadt Frankfurt gibt es vonseiten des Schulträgers Ausschreibungen, damit in den Schulkantinen eine Schulverpflegung über dem DGE-Standard stattfindet. Das müssen aber am Ende die Schulträger entscheiden, darüber entscheidet nicht das Land.

Abg. **Kerstin Geis**: Ich habe nicht in Abrede gestellt, dass die Schulträger das entscheiden müssen. Wenn das aber ein wesentliches und wichtiges strategisches Ziel der Hessischen Landesregierung ist und die Schulträger in diesem Kontext darauf angewiesen sind, dass verhältnismäßig viel Geld in die Hand genommen wird, dann ist die Frage: Wer zahlt am Ende des Tages die Rechnung? – Darum geht es doch.

Beschluss:

ULA 20/54 – 06.09.2023

*Der Berichts Antrag gilt mit der Entgegennahme des Berichts im
ULA als erledigt.*

Wiesbaden, 3. November 2023

Anlage

**Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz**
Staatsministerin



Hess. Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Postfach 31 09 · D-65021 Wiesbaden

Frau
Petra Müller-Klepper MdL
Vorsitzende des Ausschusses für
Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft
und Verbraucherschutz
Hessischer Landtag
Schloßplatz 1 – 3

65183 Wiesbaden

Geschäftszeichen (*Bitte bei Antwort angeben*)

Min - M 3

Bearbeiter/in: Herr Florian Schoepp
Durchwahl: 1030
E-Mail: florian.schoepp@umwelt.hessen.de

Ihr Zeichen:
Ihre Nachricht vom:

Datum: 15. Oktober 2023

nachrichtlich

Herrn

Karl-Heinz Thaumüller

Geschäftsführer des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und
Verbraucherschutz

Hessischer Landtag

65183 Wiesbaden

Berichts Antrag Knut John (SPD), Gernot Grumbach (SPD), Heinz Lotz (SPD),
Florian Schneider (SPD) und Fraktion
Bilanz des Aktionsplans für den ländlichen Raum „Starkes Land – gutes Leben“
Drucksache 20/9425
TOP 5 der ULA-Sitzung am 06.09.2023 - Nachfrage

Sehr geehrte Frau Vorsitzende Müller-Klepper,

die in der ULA-Sitzung gestellte Nachfrage zu Frage 6 d „**Wurde etwas unternommen, die
freien Studienplätze zu bewerben, und war dies erfolgreich, d. h. konnten in der
Zwischenzeit Nachbesetzungen erfolgen?**“ beantworte ich wie folgt:

Im Wintersemester 2023/ 2024 verteilten sich im Rahmen der Vorabquoten auf die 75
Studienplätzen für den hausärztlichen Bereich (eigentliche Landarztquote) 266 Bewerbungen;
auf die 15 Studienplätze für den ÖGD 110 Bewerbungen. Doppelbewerbungen auf beide Quoten
waren möglich.

D-65189 Wiesbaden,
Mainzer Straße 80

Telefon: 0611/815-0
Telefax: 0611/815-1941

E-Mail:
poststelle@umwelt.hessen.de

Internet:
www.umwelt.hessen.de



Gütesiegel
Familienfreundlicher
Arbeitgeber
Land Hessen



ZERTIFIZIERTER
FAHRRADFREUNDLICHER
ARBEITGEBER
Eine Initiative der EU und des ADFC

Da die Zahl der Bewerbungen diejenige der verfügbaren Studienplätze überstieg, wurde nach den gesetzlichen Vorgaben ein zweistufiges Auswahlverfahren durchgeführt. Von den danach ausgewählten Bewerberinnen und Bewerbern haben ein Teil ihre Bewerbungen auch wieder zurückgezogen; vermutlich, da sie auf anderem Wege oder in einem anderen Bundesland einen Studienplatz erhalten haben.

Letztlich starten nunmehr 74 Studierende im hausärztlichen Bereich und zwei Studierende im ÖGD-Bereich das Medizinstudium. Die Quote für den hausärztlichen Bereich wurde damit fast vollständig besetzt.

Das Hessische Landesamt für Gesundheit und Pflege führt hier – gemeinsam mit den Gesundheitsämtern – diverse Werbemaßnahmen durch, um diese Zahlen zu steigern.

Nicht besetzte Studienplätze fallen im Übrigen in den allgemeinen Pool zurück und werden dann regulär besetzt.

Mit freundlichen Grüßen



Priska Hinz